

Die Stille nach dem Stuss

@realDonaldTrump hat erst mal Sendeschluss.

Und doch: Müssen die Internetmonopolisten reguliert werden? | Von Albrecht Koschorke

Über mehrere Jahre hat sich die Beziehung zwischen Twitter und Trump zu beiderseitigem Nutzen gestaltet. Trump hat Twitter Millionen Follower zugeführt und den Umsatz der Firma gesteigert; Twitter hat im Gegenzug Trump ein Forum geboten, um als Präsident an allen Regierungsstellen vorbei in geradezu diktatorischer Manier Verträge aufzukündigen, militärische Maßnahmen einzuleiten, Karrieren zu beenden und den Stab über Menschen zu brechen.

Risse entstanden in dieser wechselseitigen Nutznießerschaft, als Twitter sich im vergangenen Frühjahr erstmals veranlasst sah, einen von Trump abgesetzten Tweet über die angebliche Betrugsanfälligkeit von Briefwahlen mit einem Warnhinweis zu versehen. Dadurch fand sich Trump in seiner Meinungsfreiheit beschnitten. Von da an drohte er damit, Twitter und anderen digitalen Netzwerken ihren speziellen Rechtsstatus zu entziehen, der sie als Plattformen im Unterschied zu Verlagen von der Haftung für die auf ihnen publizierten Inhalte freistellt. Sobald ein Dienst wie Twitter Äußerungen bewertet und womöglich unterdrückt, so lautete das Argument, stellt er kein neutrales Forum mehr dar, sondern arbeite wie eine Redaktion, die für Falschmeldungen juristisch belangt werden könne.

Die Logik dieser Auseinandersetzung war allerdings insofern etwas verknäult, als Trump ja gerade die Warnung vor seinen *fake news* zum Anlass nehmen wollte, um Internetdienste für die Verbreitung von *fake news* haftbar zu machen.

Inzwischen hat sich die Situation umgedreht: Nicht Trump reguliert Twitter,

sondern Twitter hat Trump abgeschaltet. Dieser Schritt ruft auch bei Gegnern des noch amtierenden Präsidenten gemischte Gefühle hervor. Darin zeigt sich ein grundsätzliches, über die Tagespolitik hinausreichendes Dilemma. Denn es gibt gute, nicht bloß geschäftliche Gründe dafür, dass privatwirtschaftliche Onlineplattformen bis vor Kurzem davor zurückgeschreckt sind, sich als Schiedsrichter oder gar Zensoren aufzuspielen. Wenn sie sich jedoch andererseits weiter der Illusion hingeben, Foren einer freien, ungehinderten Meinungsvielfalt zu sein, werden sie mitverantwortlich für die massenhafte Verbreitung von Hetze und Propaganda.

Die sogenannten sozialen Medien halten sich zugute, die Teilhabe am politischen Geschehen zu demokratisieren. Sie senken die Hürde für eine Mitwirkung am öffentlichen Diskurs durch Personen und Schichten, die in der kuratierten Öffentlichkeit der klassischen Medien zu keiner eigenen Stimme gelangten.

Zugleich mindern sie so die Lenkungsmacht professioneller Verlautbarungsausschüsse, die sich nach ihrem herkömmlichen Rollenverständnis nicht nur als *gatekeeper* zu Zeitungen und Sendeanstalten, sondern auch selbst als Repräsentanten der öffentlichen Meinung, ja, mehr noch: der öffentlichen Vernunft betrachten. Auf eine kurze Formel gebracht: Die *partizipative* zieht eine Krise der *repräsentativen* Öffentlichkeit nach sich. Aber wer steht dann noch für die Normen des Erlaubten und Sagbaren ein?

Es lohnt sich, historische Vergleichsfälle heranzuziehen. Denn in mancher Hinsicht



Mehr Tweeds wagen

wiederholt sich heute nur, was in anderen mediengeschichtlichen Umbruchphasen schon einmal ganz ähnlich ablief. Neben die Diskursmacht der Etablierten treten dann andere Kanäle und Rollenprofile, bilden sich neue Weisen zu sprechen und zu appellieren heraus, die innerhalb kürzester Zeit ein hohes Maß an sozialer Erregung entfachen.

Vor allem zwei historische Parallelen springen ins Auge: zum einen die Reformationszeit mit ihren durch Verbreitung des Buchdrucks schnell und günstig zu vervielfältigenden Flugschriften, Sendschreiben oder Predigten, zum anderen die Epoche der europäischen Aufklärung mit ihrer massenhaften, teils in hohem moralischem Ton gehaltenen, teils ins Vulgäre ausschla-

genden Publizistik, die den Gärstoff der Französischen Revolution bildete.

In allen genannten Fällen kommt es zu einem Angriff auf bis dahin bestehende Informations- und Wahrheitsmonopole. Eine neue, mit zunehmendem Sendungsbewusstsein ausgestattete Kommunikationselite wächst heran, die sich besser als das bisherige Establishment darauf versteht, die veränderten Breitenmedien zu nutzen. Als Instrumente der Selbstermächtigung sind sie für Bevölkerungsgruppen attraktiv, deren Anliegen bis dahin nur eine geringe öffentliche Aufmerksamkeit fanden. Vor allem bieten sie sich an, um einer bis dahin unartikuliert gebliebenen Empörung Luft zu verschaffen.

Vor diesem Hintergrund erscheint der Disput um die *social media*, wie er heute geführt wird, lediglich als Aktualisierung einer periodisch wiederkehrenden Konstellation. Übrigens sind die betreffenden Debatten auch in ihrem Ablauf vergleichbar. Anfangs lösen die medientechnischen

Innovationen regelmäßig einen utopischen Überschwang aus, nähren die Hoffnung auf eine direktere Verbindung zu Gott, zum Wissen, zur Wahrheit, zur Macht. Bald aber wächst die Einsicht in die zerstreuenden und dysfunktionalen Effekte des jeweils neuen Mediennutzungssystems und vor allem das Erschrecken über ein plötzlich zutage gefördertes Unmaß an Misstrauen und Ressentiment.

Vor allem wird erkennbar, dass die Verallgemeinerung der Kommunikationsmittel keineswegs einen gleichmäßigeren Zugang zur Wahrheit nach sich zieht. Stattdessen bilden sich neue, oft radikalisierte Meinungskartelle, die in der durch den Medienpluralismus entfes-selten Konkurrenz um Aufmerksamkeit zu immer größerer Militanz neigen. Früher oder später steht deshalb das Erfordernis im Raum, einen Ersatz für die normwahrenden Instanzen der vorhergehenden Diskursordnung zu finden.

Das kennzeichnet die aktuelle Situation. Im Zeitalter von Big Data werden allerdings wertvolle Einzelmaßnahmen noch der Rückgriff auf herkömmliche Formen redaktioneller Kontrolle ausreichen – so wünschenswert die Einführung eines *digital code of conduct* oder eines Oversight Board, wie es Facebook plant, sein mag. Der Eingriff muss tiefer gehen und in das Geschäftsmodell der Internetmonopolisten eingreifen. Denn deren Algorithmen begünstigen es, dass sich sensationelle Lügen pandemisch ausbreiten und eine Eigen Dynamik entwickeln, die zivilgesellschaftlich nicht mehr zu bändigen ist – mit Trump oder ohne ihn.

PROF. DR. ALBRECHT KOSCHORKE
lehrt Neuere Deutsche Literatur und Allgemeine Literaturwissenschaft an der Universität Konstanz. Für seine Studien erhielt Koschorke den Akademiepreis der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und den Leibniz-Preis der Deutschen Forschungsgemeinschaft ausgezeichnet.

AUF DEN ZWEITEN BLICK



INGE KLOEPFER

ist freie Journalistin. Sie schreibt u.a. für die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* und veröffentlichte zahlreiche Bücher, darunter die Biographie Friede Springers, für die sie als Wirtschaftsjournalistin des Jahres ausgezeichnet wurde.

Mea (ex)culpa

Köln ist eine zutiefst katholische Stadt. Und Kardinal Rainer Maria Woelki ihr oberster, zutiefst konservativer Katholik. Im größten Bistum der Bundesrepublik mit rund zwei Millionen Mitgliedern spitzt sich derzeit ein Konflikt zu, den die Kirche so gar nicht gebrauchen kann. Selbsterlich hält Woelki ein Gutachten zum Missbrauch in der Diözese zurück, das seine Deutungshoheit über das Kirchengeschehen untergraben könnte. Das Ganze toppt er mit dem Versuch, ausgerechnet Journalisten als Gegenleistung für immerhin ein wenig Einblick zur Verschwiegenheit zu verpflichten, was an Widersinnigkeit kaum zu überbieten ist. Nicht nur in Köln ist die Aufregung groß.

Man könnte diesen neuen Vorfall in der unendlichen Geschichte des massenhaften klerikalen Missbrauchs und seiner Vertuschung genüsslich zu einem weiteren kirchentypischen Großskandal aufblasen. Man kann den Fall allerdings auch unter dem Aspekt eklatanten Führungsversagens analysieren, das schwachen Führungspersönlichkeiten eigen ist, von denen sich nicht nur in der Kirche so viele finden. Denn bei ihnen paart sich Überheblichkeit mit mangelnder Souveränität, eine teuflische Kombination, die einen offenen Umgang mit dem eigenen Führungsversagen auf geradezu selbstzerstörerische Weise vereitelt. Besonders anfällig dafür sind wert- und strukturkonservative Organisationen, zu denen die katholische Kirche an vorderster Stelle gehört.

Warum ist das so? Übertriebener Wert- und Strukturkonservatismus führt dazu, dass bei der Auswahl von Personal für Führungspositionen vor allem die Linientreue den Ausschlag gibt und die eigentlich erforderlichen Führungsqualitäten in nachgerade fataler Weise in den Hintergrund treten. Mehr noch, sie sind meistens gar nicht gewünscht. Geistige Unabhängigkeit, Innovationsfreude und vor allem Charisma gelten in solchen Organisationen als Stör-eigenschaften, die dem Konservatismus zuwiderlaufen. Diejenigen, die Positionen auf derart patriarchalische Weise besetzen, sind sich dessen zudem meist überhaupt nicht bewusst. Dieses Strukturphänomen kennzeichnet nicht nur die Kirche, es tritt häufig genug auch in Unternehmen auf. Dort allerdings wird es – mit welchem Ergebnis auch immer – auf Dauer vom Wettbewerb korrigiert.

In der katholischen Kirche ist das anders. Da gehen auch die Geschichten anders aus. Nämlich so wie bei Woelki. Ihm ist die Luft ausgegangen. Er hat sich inzwischen hilflos an die nächsthöhere Institution gewandt – den Vatikan. Ausgerechnet der soll prüfen und richten. Eine Lösung aber sollten die Kölner Katholiken vom Vatikan besser nicht erwarten. Sollte der Kölner Kardinal tatsächlich zur Buße verdonnert und ersetzt werden, folgte ihm ein anderer, der nach gleichen Kriterien ausgewählt wäre wie sein Vorgänger. In der katholischen Kirche geht das seit mehr als einem Jahrtausend so.

Unterbuttern lassen oder profilieren

Alles Schwarz-Grün oder was? Welche Rolle Linke und FDP nach der Bundestagswahl spielen könnten | Von Frank Decker

Der Ausgang der Bundestagswahl im September wird von drei Faktoren entschieden: Kandidaten, Themen und Koalitionsmöglichkeiten. Was die beiden ersten Punkte angeht, ist fast alles offen. Union und Grüne müssen ihre Kanzlerkandidaten noch finden. Auch bei der Linken und der AfD ist unklar, welche Spitzenkandidaten für sie ins Rennen ziehen. Nur bei der FDP dürfte deren Vorsitzender Christian Lindner als gesetzt gelten.

Welche Themen den Wahlkampf beherrschen werden, lässt sich ebenfalls nicht absehen. Wird die Rückschau auf die Fehler beim Corona-Management, über die gerade heftig gestritten wird, im August und September noch eine große Rolle spielen oder der Blick eher nach vorne gerichtet sein? Mit welcher Perspektive wird man auf die wirtschaftlichen Folgen der Krise schauen? Geht es vorrangig um eine möglichst rasche Erholung der Wirtschaft, dürfte der Vorteil eher auf der Seite von Union und FDP sein. Rücken dagegen Verteilungskonflikte und -ungerechtigkeiten in den Vordergrund, könnten die linken Parteien (zu denen auch die Grünen zählen) profitieren, womöglich auch die fundamentaloppositionelle AfD.

Was den dritten Faktor – die Koalitionsmöglichkeiten angeht – lassen sich zwar verschiedene Szenarien durchspielen, aber ebenfalls keine Voraussagen treffen. Der Grund liegt in den unsicheren Mehrheitsverhältnissen. Im Moment weisen die Umfragen eine komfortable Mehrheit für ein

schwarz-grünes Bündnis aus. Auch die bestehende schwarz-rote Koalition könnte, wenn sie denn wollte, weiterregieren. Ein Linksbündnis oder eine Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP wären mit jeweils etwas mehr als 40 Prozent von einer Mehrheit dagegen weit entfernt.

Ob das bis September so bleiben wird, ist aber nicht sicher. Das derzeitige Umfragehoch der Union ist vor allem ihrer Führungsrolle bei der Pandemiebekämpfung und der ungebrochenen Beliebtheit der Kanzlerin geschuldet. Wie groß die Gruppe der Wähler ist, die sich von einer CDU ohne Angela Merkel abwenden könnten, lässt sich schwer abschätzen – und genauso wenig, welcher anderen Partei sie sich dann zuwenden würden: der SPD mit ihrem Merkel im Habitus ähnlichen Kanzlerkandidaten Olaf Scholz, den in die bürgerliche Mitte gerückten Grünen oder der FDP, die der Union programmatisch nach wie vor am nächsten steht. Alle drei Parteien werden diese Merkelwähler umwerben. Sind sie darin erfolgreich, könnten auch ein Linksbündnis oder eine Ampel mehrheitsfähig werden.

Doch sind die möglichen Alternativen zu Schwarz-Grün von den jeweils beteiligten Partnern überhaupt erwünscht, und wären sie politisch gangbar? Die Antwort darauf hängt zum einen von den inhaltlichen Gemeinsamkeiten der Parteien ab, zum anderen vom Kräfteverhältnis. Letzteres entscheidet unter anderem darüber, wer als stärkste Partei in der Koalition das Amt des Regierungschefs beanspruchen kann.

In Baden-Württemberg und in Thüringen hat die SPD bereits die Erfahrung gemacht, sich gegenüber den Grünen beziehungsweise der Linken mit der Rolle des Juniors begnügen zu müssen. Auf der Bundesebene würde sie es vermutlich ähnlich halten, wenn damit die Bildung einer Regierung ohne die Union möglich wäre. Bei den Grünen ist es dagegen eine offene Frage, ob sie die Juniorrolle in einem Dreierbündnis mit SPD und Linken oder SPD und FDP einem schwarz-grünen Zweierbündnis vorziehen würden.

Was die inhaltlichen Fragen angeht, wäre ein Linksbündnis wohl leichter machbar als eine Ampel, bei der die FDP fürchten müsste, von den beiden deutlich links von ihr stehenden Partnern „untergebuttert“ zu werden. Die Linke ist heute prinzipiell regierungsbereit. Umgekehrt haben SPD und Grüne zwar weiterhin Vorbehalte gegen eine Zusammenarbeit, schließen diese aber nicht mehr aus. Die Fallstricke liegen insbesondere in der Außen- und Sicherheitspolitik. Ob die jüngste

PROF. DR. FRANK DECKER
lehrt Politikwissenschaft an der Universität Bonn. Er ist Autor des Standardwerks „Parteiendemokratie im Wandel“, das 2018 in aktualisierter Fassung im Nomos Verlag erschien.

Volte der SPD in Sachen Drohenbewaffnung als Öffnungssignal in Richtung Linke gedeutet werden kann, sei dahingestellt. Der Beschluss wird aber sicher nicht das letzte Wort bleiben. Auch die Russlandfreundlichkeit der Linken, die im Zuge des Giftanschlags auf den Regimekritiker Alexej Nawalny für manche irritierende Äußerung gesorgt hat, dürfte gerade im Verhältnis zu den Grünen schwierige Konflikte bergen. Dies könnte schon im Vorfeld auf Wähler abschreckend wirken, wenn durch die Umfragen ein Linksbündnis als Möglichkeit tatsächlich im Raum steht.

Mehr noch als ein Linksbündnis ist die Ampel ein Thema, über das sich die beteiligten Seiten im Vorfeld der Wahl am liebsten in Schweigen hüllen würden. SPD und Grüne hegen starke Abneigungen gegen die aus ihrer Sicht allzu marktfreundlichen Positionen der FDP, die einer fortschrittlichen Sozial- und Klimapolitik im Wege stünden. Auch diese kann mit der Möglichkeit eines Zusammengehens mit Rot und Grün nicht offen hausieren gehen, weil sie damit Gefahr liefe, ihre unionsaffine Wählerschaft zu verprellen. Die jüngsten Avancen der FDP in Richtung Jamaika lassen sich wahrscheinlich so deuten.

Dabei wäre eine Ampel vielleicht gar nicht so abwegig, wie es auf den ersten Blick erscheint. Die FDP hätte mit ihr die Chance, sich als wirtschaftspolitisch Korrektiv in einer linken Regierung zu profilieren. Gleichzeitig könnte sie mit der Bildungspolitik und Digitalisierung Felder besetzen, die sie schon 2017 stark machen

wollte und als Grund für ihren Ausstieg aus den Jamaika-Verhandlungen genannt hat. SPD und Grüne hätten wiederum den Vorteil, über einen außenpolitisch verlässlichen Partner zu verfügen – anders als bei der Linken.

Auftrieb bekommen könnte die Diskussion über eine Ampel nach den Landtagswahlen am 14. März in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. In Rheinland-Pfalz hat die FDP schon deutlich gemacht, dass sie die bestehende Koalition mit SPD und Grünen gerne weiterführen würde. Weil ihr dortiger Spitzenmann Volker Wissing mittlerweile Generalsekretär der Bundespartei ist, liegt darin mehr als eine nur landespolitische Entscheidung. In Baden-Württemberg kommt die „grüne“ Ampel als Regierungsalternative gerade ins Spiel. Nach dem mehr schlecht als recht funktionierenden grün-schwarzen Bündnis, in dem sich die CDU mit ihrer Juniorrolle niemals wirklich abfinden konnte, drängt es Winfried Kretschmann nach neuen Partnern. Dass die FDP offiziell eher mit einer „Deutschland-Koalition“ ohne die Grünen liebäugelt, muss man als Pflichtübung abbuchen, da ein solches Bündnis, wie sie selbst weiß, mit der SPD nicht zu machen wäre. Im Südwesten könnten die Zeichen also auf „Grün-Rot-Gelb“ stehen. Auch wenn einem im Moment vielleicht noch etwas die Phantasie fehlt, sich das als Modell auch für den Bund vorzustellen, würde es die Debatte um eine mögliche Regierung „jenseits der Union“ bis zum Herbst beflügeln.